

Ordentliche Landesdelegiertenkonferenz Hagen 20.-22. März 2009



Beschluss

TO-Gegenstand: **Grüne in den Wahljahren 2009/2010**
- Für einen Grünen Wahlkampf

G-1 neu

Für einen Grünen Wahlkampf mit eigenständigem Profil!

5 Die Große Koalition auf Bundesebene erstarrt im Wahlkampf und doktert an Symptomen herum, ohne mit nachhaltigen Strategien Arbeitsplätze in Deutschland zu schaffen oder zu sichern. Gleichzeitig müssen die Menschen mit ansehen, wie die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise ihre Lebenswirklichkeit erreichen und es beim Klimaschutz bei wohlfeilen Ankündigungen bleibt.

10 Die Auswirkungen der internationale Wirtschafts- und Finanzkrise spitzen sich zu, das Versagen des immer weiter deregulierten Kapitalismus angelsächsischer Machart tritt immer deutlicher zu Tage. Union und SPD übertreffen sich in blindem Aktionismus und versprechen laufend höhere Milliardenhilfen für angeschlagene Banken und Betriebe. Die in der Wirtschaftskrise liegende Chance, unser ökonomisches System nach ökologischen und sozialen Prinzipien auszurichten, wird verpasst. Über nachhaltige und damit zukunftsfähige Alternativen wird nicht nachgedacht, ebenso werden die national wie international notwendigen Schritte und Regulierungsmaßnahmen zur Verhinderung künftiger Krisen nicht angegangen.

20 Dringend notwendige Maßnahmen zur Erreichung der internationalen Klimaschutzziele werden nicht durchgeführt, gefühlter Klimaschutz soll bei der Bundesregierung reichen. Der Gefahr wachsender Altersarmut wird nicht begegnet. Es werden keine Maßnahmen ergriffen, um die Ursachen der rasant steigenden Kinderarmut zu bekämpfen und die Hartz-IV-Regelsätze armutsfest anzupassen. Der dringend notwendige Aufbruch in der Bildungspolitik hin zu einer individuellen Förderung mit Chancengleichheit für alle fällt aus.

25

CDU/FDP in NRW mit „Privat vor Staat“-Ideologie

30 In Nordrhein-Westfalen schlittert die Landesregierung aktuell von einer Krise in die nächste. Das schwarz-gelbe Kabinett als Chaostruppe: Eine inkompetente Schulministerin, ein Innenminister, der sich für seine Gesetze von den Verfassungsgerichten regelmäßig den Stempel „nicht verfassungsgemäß“ abholt, ein nicht handelnder Umweltminister, eine Wirtschaftsministerin, die nach Kohlekraftwerken und Atomkraft ruft, ein rasender Verkehrsminister. Und an der Spitze ein präsidierender Ministerpräsident, der den aktuellen Herausforderungen völlig hilflos gegenüber steht und sich mit seiner intern zerstrittenen CDU von der FDP treiben lässt.

35 FDP-Innenminister Ingo Wolff ist mit seiner FDP verantwortlich für den parteipolitisch motivierten Versuch, die Europawahlen und die Kommunalwahlen zusammenzulegen. Auf Drängen der FDP sollen nun 42 Millionen Euro Steuergelder verschwendet werden, um einen eigenen neuen Kommunalwahltermin durchzudrücken. Leidtragende sind wie so oft die Kommunen. Gleiches gilt für die von der FDP und dem Wirtschaftsflügel der CDU durchgesetzte Änderung der Gemeindeordnung zu Lasten der wirtschaftlichen Betätigung der Stadtwerke. Die NRW-FDP steht bei der Forderung nach Abschaffung der gesetzlichen Krankenversicherung ganz vorne und forciert die Vermarktung von Bildung und die soziale Spaltung an unseren Schulen und

40

Hochschulen. So bleibt „Privat vor Staat“ auch in Zeiten steigender sozialer Spannungen und einer wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich das Motto von Schwarz-Gelb.

45

Schwarz-Gelb im Bund: Die Koalition der Marktradikalen droht

Das Rüttgers-Gerede von der CDU-/FDP-Koalition als „Blaupause“ für den Bund macht deutlich: Diese CDU/SPD-Koalition der Schwäche und Fehlentscheidungen würde durch eine schwarz-gelbe Koalition auf Bundesebene noch übertroffen.

50 Mit der FDP würde ausgerechnet die Partei, die immer am vehementesten für die Deregulierung und das Primat des Marktes gekämpft hat, der große politische Profiteur der sich zuspitzenden Wirtschaftskrise werden und wichtige Ministerien und deren Politik bestimmen. Die weiteren Konsequenzen einer so gestärkten Politik lassen sich aus der wirtschaftsradikalen Programmatik der FDP ablesen.

55 In vielen inhaltlichen Auseinandersetzungen der letzten Jahre war die FDP der parlamentarische Arm der Heuschrecken. Seit vielen Jahren kämpft die FDP für die Deregulierung des Finanzmarktes, des Arbeitsmarktes und des Gesundheitsbereiches. Die FDP propagiert weiter ihre Voodoo-Ökonomie und fordert Steuersenkungen bei gleichzeitigem Schuldenabbau. Sie tritt vehement gegen Mindestlöhne und für den weiteren Abbau von Arbeitnehmerrechten ein, sie definiert Bildung als Ware anstatt als Grundrecht. Mit ihrem Modell der Regionalen Mittelschule setzt die FDP bewußt auf eine 2-Klassen-Bildung und zielt darauf ab, das Gymnasium von den anderen Schulformen abzukoppeln. Sie will die öffentlichen Krankenkassen abschaffen und ausschließlich durch private ersetzen. Die FDP tritt wie die CDU für das Weiterlaufen der Atomkraftwerke ein, einzelne Protagonisten wie der stellvertretende Bundesvorsitzende und
60
65
65 NRW-Minister Pinkwart befürworten auch die Option eines Neubaus von Reaktoren. Die FDP will Gorleben sofort in Betrieb nehmen. Die FDP tritt für die Abschaffung des EEG ein. Die FDP fordert Agrogentechnik überall und geht da sogar weit über die CDU/CSU hinaus. Diese Liste ließe sich noch weiter fortsetzen

70 Auch die CDU kämpft bei der nächsten Wahl für Steuersenkungen für Reiche und gegen eine solidarische Finanzierung der Lasten aus der Finanzkrise, sie will das Rad zurückdrehen ins Atomzeitalter anstatt den Weg freizumachen für einen Ausbau Erneuerbarer Energien, der die Wertschöpfung für die nächste Generation sichert. Sie bekämpft in großen Teilen zusammen mit der FDP einen Mindestlohn, verweigert sich dem Umbau des Gesundheitssystems mit einer solidarischen Finanzierung für alle und verschärft stattdessen soziale Ungleichheiten in der
75 Gesundheitsversorgung durch die Einführung einer Kopfpauschale. In NRW verhindert sie mit ihrem ideologischen Festhalten an der Auslese und Vielgliedrigkeit im Schulsystem den Aufbruch hin zu einer Schule für Alle, individueller Förderung und Chancengerechtigkeit.

Die SPD ist in der Selbstblockade gefangen

80 Die SPD hat in einem unglaublichen Zick-Zack-Kurs zunächst die Zusammenarbeit mit der Linken auf der Bundesebene und im Westen generell für unmöglich erklärt. Nach der absehbaren Etablierung der Linken in den westdeutschen Landtagen hat sie nun endlich über mehrere Zwischenschritte die Entscheidungen in den Landtagen zur Ländersache erklärt; auf Bundesebene schließt sie die Zusammenarbeit mit der Linken kategorisch aus. Anstatt die
85 Auseinandersetzung an inhaltlichen Positionierungen zu führen und in die Linke zurück zu geben, wurden nicht nachvollziehbare Begründungen zur Leitlinie gemacht. Natürlich ist es richtig, dass Oskar Lafontaines Linke in den westdeutschen Landesverbänden regierungsunwillig und regierungsunfähig ist. Aber weil diese Auseinandersetzung nicht geführt und die Linke nicht gezwungen wird, sowohl inhaltlich als auch machtpolitisch Farbe zu
90 bekennen, wird die Linke politisch für Teile der Bevölkerung nicht nachvollziehbar ausgegrenzt. Dabei liegt der wesentliche Grund für die Ablehnung der SPD in persönlichen Animositäten der SPD Spitze gegenüber ihrem ehemaligen, aus dem Amt geflohenen Parteivorsitzenden Oskar Lafontaine. Dies gilt spiegelbildlich ebenso für Lafontaine gegenüber der SPD. Lafontaine und

95 die Linke profitierten von dieser Ausgrenzung, weil sie populistische Forderungen erheben können, ohne dass sie in die Gefahr der Überprüfung in der Praxis geraten.

Wir wollen, dass die Linke programmatisch gestellt wird, statt sie in der politischen Auseinandersetzung durch pauschale Ausgrenzung zu schonen. Wenn sich die Linke einem solchen Realitätstest weiter verweigert und gar die europäische Union mit nationalen Parolen bekämpft, muss sie auch öffentlich dafür verantwortlich gemacht werden, dass ihre Stimmen
100 faktisch nicht für eine soziale und ökologische Politik zur Verfügung stehen.

Die Fortsetzung der großen Koalition ist das (heimliche) Ziel von Teilen der SPD -

Diese Selbstblockade der SPD führt dazu, dass Teile der SPD, die politisch und programmatisch der CDU nahe sind, das politische Ziel einer Mehrheitsbildung jenseits der großen Koalition schon aufgegeben haben. Während öffentlich wieder „links“ geblinkt wird, um dort Stimmen „mitzunehmen“, sind die Seeheimer - die Steinbrücks, Steinmeiers, Münteferings und Co. -
105 gedanklich längst wiederauf dem Weg in die große Koalition.

110 Wem nützt das aktuelle Gerede um die Ampel?

Die Motivation auf Seiten der SPD ist klar: Die Seeheimer können sich eine Zusammenarbeit mit ihrem ehemaligen Parteivorsitzenden Lafontaine nicht vorstellen. Die Ampel als angeblich einzig schlüssige Antwort auf die Notwendigkeit einer Machtoption ist also eine Antwort, die von dem handelnden Personal der SPD aus persönlichen Gründen gegeben wird. Indem wir diese
115 Ausschlussdefinition der SPD einfach übernehmen, anstatt die Linke mit konkreten Bedingungen für eine Zusammenarbeit zu konfrontieren, begeben wir uns in der Opposition freiwillig in die strategische Geiselhaft der SPD, während diese in der großen Koalition regiert. Vor dem Hintergrund, dass eine schwarz-gelbe Mehrheit auch in der vierten Bundestagswahl hintereinander verhindert werden muss, verschieben wir ohne Not das politische Koordinatensystem hin zu CDU und FDP.
120

Insbesondere verschaffen wir der FDP trotz ihrer beschriebenen inhaltlichen Randlage eine Schlüsselrolle und geben ihr – ausgerechnet in Zeiten der Wirtschaftskrise – de facto eine Regierungsgarantie. Wir reden die Marktradikalen, die Westerwelles, Pinkwarts, Brüderles und Niebels stark, anstatt uns hart mit ihnen auseinander zu setzen und klar zu machen, dass sie in
125 Teilen die ideologischen Väter der heutigen Finanz- und Wirtschaftskrise sind.

Warum wir unseren Kurs der grünen Eigenständigkeit zugunsten der ausschließlichen Funktion als zweiter Juniorpartner in einer Steinmeier-Westerwelle Koalition aufgeben sollten, ist nicht nachvollziehbar und vor allem im Wahlkampf nicht attraktiv zu vermitteln. Der generelle Ausschluss einer Zusammenarbeit von SPD, GRÜNEN und Linken sowie das Gerede um eine
130 Ampel nützt zur Zeit ausschließlich CDU und FDP!

Auf GRÜN kommt es an!

Wir GRÜNE in NRW werden in den kommenden Monaten in NRW vier entscheidende Wahlkämpfe führen. Programmatisch ist auf Bundes- und Landesebene offenkundig, dass es
135 keine Äquidistanz zu den konkurrierenden Parteien gibt. Wir sind überzeugt, dass es in der Gesellschaft eine solidarische Mehrheit jenseits von CDU/CSU und FDP gibt. Der SPD fehlen aber der Wille und die Kraft, diese Mehrheit zu mobilisieren. Aber allen Wählerinnen und Wählern, die auf einen echten Politikwechsel hoffen, machen wir mit unserem grünen Gesellschaftsvertrag ein glaubwürdiges Angebot für einen Weg aus der Deregulierungsfalle, aus der Klimakrise und aus dem Bildungsnotstand. Wir wollen klar profilierte Grüne Projekte herausarbeiten.
140

Für uns GRÜNE gilt deswegen gerade für diese Bundestagswahl:

Wir wollen keine Vorfestlegung auf bestimmte Regierungskonstellationen, sondern verfolgen eine Politik der Eigenständigkeit. Wir stellen klare Bedingungen an jede Koalitionskonstellation! Die neue Bundesregierung muss eine solidarische Antwort auf Wirtschafts-, Klima- und Bildungskrise geben – erst kommen die Inhalte, dann die „Machtoptionen“. Regieren ist kein Selbstzweck, sondern muss einen Politikwechsel zum Ziel haben: Hin zum grünen Gesellschaftsvertrag und zum Green New Deal. Ob die GRÜNEN bereit sind, in eine Regierung einzutreten, hängt davon ab, ob sich genügend unserer politischen Ziele in dieser Regierung umsetzen lassen. Die Entscheidung über konkrete Koalitionen wird nach einer Wahl anhand unserer Inhalte getroffen.